

## Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Sustainable Finance - Nachhaltigkeit darf den Wohlstand, den sozialen Frieden und die nationale Sicherheit nicht gefährden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die verschiedenen Sustainable Finance-Aktivitäten (insbesondere der Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums) im Hinblick auf die durch die Ukraine-Krise entstandene neue Gefährdungslage schnellstmöglich angepasst werden, um zu gewährleisten, dass von bestimmten Nachhaltigkeitskriterien keine Gefahren für die staatliche Souveränität, den sozialen Frieden und die notwendigen Wirtschaftsbereiche ausgehen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die nationalen Regelungen nicht über die europäischen Regelungen hinausgehen, soweit hierdurch Nachteile für deutsche Unternehmen entstehen.

#### **Begründung:**

Deutschlands sicherheitspolitische Debatte hinkt den Realitäten hinterher. Mit dem bloßen Nachjustieren von Stellschrauben wird den neuen Gefahren nicht begegnet werden können. Die heutigen asymmetrischen Bedrohungen erfordern zusätzliche Anstrengungen - was sich nun leider durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine mehr als bewahrheitet. Dies stellt die westliche Welt auf den Kopf. Als Konsequenz: Die Bundeswehr soll deutlich mehr Geld bekommen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Umdenken hinsichtlich der Kriterien und Regeln bei nachhaltigen Investments unabdingbar. Zur Bewältigung der Aufgaben können mitunter privatwirtschaftliche Unternehmen beitragen. Doch auch wenn die Weltlage neue Prioritäten verlangt, befinden sich beispielsweise Unternehmen aus dem Sicherheitssektor im Visier von Kapitalgebern: Wegen neuer ESG-Kriterien werden Finanzierungsmöglichkeiten erschwert. Dies betrifft somit Unternehmen, die maßgeblich zur Stärkung europäischer und deutscher Interessen

beitragen könnten. Will man sich nicht weiter in die Abhängigkeit anderer Staaten begeben und auch Organisationen sowie Beschäftigte in Deutschland an der Wertschöpfung durch die Modernisierung der Bundeswehr deutlicher teilhaben lassen, so ist ein Umdenken im Hinblick auf Sustainable Finance-Kriterien erforderlich. Bestimmte Wirtschaftsaktivitäten drohen nach auf europäischer Ebene diskutierten ESG-Kriterien keine nachhaltigen Zielgruppen oder Investmentmöglichkeiten darzustellen. Wenn der Staat auf der einen Seite Milliarden in Güter investiert, die von Unternehmen produziert werden - diese Güter aber aus staatlicher Sicht als nicht investitionswürdig gelten, dann ist das mehr als widersprüchlich. Dieser Widerspruch muss unverzüglich aufgehoben werden, sonst besteht die Gefahr, dass Technologien abwandern und andere Länder vom faktischen „Konjunkturprogramm“ profitieren sowie neuerliche Abhängigkeiten entstehen.